

# Essen für arme Kinder: Hohe Mehrkosten

Der Oberbürgermeister sieht die Gründung eines Fördervereins als einzige Möglichkeit, das Essen kostenlos zu verteilen. Mehr Geld von der Stadt gibt es nicht.

Von Klaus Koch

Was die Debatte um das Mittagessen für Kinder an Ganztagschulen betrifft, geht die Stadt jetzt in die Offensive. Oberbürgermeister Peter Jung spricht von einer der typischen Situationen, in die man vom Land gedrängt worden sei. Denn mit Einrichtung der Offenen Ganztagsgrundschulen seien zwar Pflichten auf die Kommunen gewälzt worden, finanziellen Ausgleich nach dem Konnexitätsprinzip habe es aber nicht gegeben.

Gleichwohl habe man sich bei der Stadt gefragt, mit welchem Recht in der aktuellen Praxis bedürftige Kinder an der einen Schule das Essen kostenlos bekommen, während bedürftige Kinder an der Offenen Ganztagsgrundschule den vollen Preis zu zahlen hätten. Deshalb nehme man die zur Verfügung stehende Summe und verteile das Geld auf alle Bedürftigen - und bezuschusse es mit einem Euro.

300 000 Euro  
zusätzlich

Was Jung wie auch Kämmerer Johannes Slawig jedoch ausschließen, ist eine Erhöhung dieses Postens. „Es gibt nichts zu verteilen“, stellt Jung klar. Bis zu 300 000 Euro sind demnach zusätzlich aufzuwenden, wenn man allen Kindern von Arbeitslosengeld-II-Empfängern das Mittagessen kostenlos zur Verfügung stellen wolle. Slawig sieht allenfalls die theoretische Chance, dass die Politik diese 300 000 Euro bei anderen freiwilligen Leistungen streicht. Allerdings glaubt er nicht wirklich an solch eine Lösung. Und bei der Verwaltung kann sich offenbar auch niemand vorstellen, dass die Politik die neueste Beschluss-

empfehlung zurücknimmt und die bedürftigen Kinder der Offenen Ganztagsgrundschule weiterhin nicht bezuschusst. Außerdem sieht man auch die Eltern in der Pflicht. Thomas Lenz, Geschäftsführer der Arge, berichtet, dass das beispielsweise im Nachbarschaftsheim funktioniere. Dort habe man einen Eigenanteil für das Kinder-Essen eingeführt, ohne dass die Zahl der verteilten Essen zurück gegangen sei.

Eltern werden in die Pflicht genommen

Lenz berichtet zudem von 21 500 so genannten Bedarfsgemeinschaften mit etwa 41 000 Personen, darunter 11 000 Kinder. Seine Beispielsrechnungen: Eine Familie mit zwei Kindern im Alter von acht und 15 Jahren hat bei durchschnittlichen Mietkosten mindestens 1854 Euro im Monat zur Verfügung. Eine alleinerziehende Frau mit zwei Kindern im gleichen Alter kommt demnach auf mindestens 1329 Euro. Beides Summen, von denen man den Eigenbeitrag für das Mittagessen in Höhe von 1,80 Euro täglich leisten könne, heißt es. Außerdem sei Wuppertal eine der wenigen Städte, die überhaupt solch einen Zuschuss leisten.

Verworfen hat man auch die Idee, nicht bedürftige Eltern mehr zahlen zu lassen, um Kindern von Arbeitslosengeld-II-Empfängern das Essen zu finanzieren. Das hätte auf jeden Fall zu neuen Ungerechtigkeiten geführt.

Einziger Ausweg ist nach Überzeugung Jungs die Gründung eines Fördervereins, die er gerne mit initiieren wolle. Trotzdem ist die Angelegenheit nach Auffassung von Bürgermeister Lorenz Bahr von den Grünen auch politisch noch nichts entschieden.